

Johannes Rauch
Bundesminister

Herrn
Mag. Wolfgang Sobotka
Präsident des Nationalrates
Parlament
1017 Wien

Geschäftszahl: 2022-0.162.495

Wien, 6.4.2022

Sehr geehrter Herr Präsident!

Ich beantworte die an meinen Amtsvorgänger gerichtete schriftliche parlamentarische **Anfrage Nr. 9702/J des Abgeordneten Peter Wurm und weiterer Abgeordneter betreffend Vorauszahlung bei Flugtickets ohne gesetzliche Grundlage** wie folgt:

Frage 1:

- *Liegen dem BMSGPK Daten vor, wie viele Konsumenten nach wie vor auf eine Kostenrückerstattung im Zusammenhang mit einem Corona bedingten Ausfall von bereits bezahlten Flugtickets bzw. Übernachtungen warten?*

Nein, dem BMSGPK liegen dazu keine Daten vor.

Frage 2:

- *Ist Ihnen bekannt, dass das Allgemeine Bürgerliche Gesetzbuch (ABGB) bei Kaufverträgen eigentlich keine Vorauszahlungen vorsieht?*

Ja. Grundsätzlich gilt nach dem ABGB das Zug-um-Zug-Prinzip, das vorsieht, dass bei synallagmatischen Verträgen die Leistungen grundsätzlich zeitgleich ausgetauscht werden.

Es können jedoch Abweichungen vom dispositivem Recht des ABGB vereinbart werden. Diese Vereinbarungen unterliegen gewissen Grenzen, so dürfen sie entsprechend § 879 Abs. 3 ABGB nicht etwa gröblich benachteiligend sein.

Frage 3:

- *Wie bewerten Sie die bisherige Praxis von Fluglinien und Unternehmen, mithilfe einer aufgezwungenen Vorauszahlung ihr unternehmerisches Risiko auf die Kunden abzuwälzen?*

Nicht in jeder Branche müssen Konsument:innen hohe Anzahlungen leisten.

Hohe Vorauszahlungen werden von mir generell kritisch gesehen: Verbraucher:innen geraten dadurch in eine schwächere Vertragsposition, denn die Rechtsdurchsetzung ist erschwert und sie müssen in aller Regel ein potentielltes Insolvenzrisiko des Unternehmens mit tragen.

Frage 4:

- *Sehen Sie hier einen gesetzlichen Handlungsbedarf, um Kunden besser zu schützen?*

Im Flugbereich hat die Zahlungsunfähigkeit mehrerer Fluglinien in den letzten Jahren immer wieder dazu geführt, dass Konsument:innen vorausbezahlte Ticketkosten verloren haben, da Flug-only-Buchungen nicht insolvenzabgesichert sein müssen. Die Covid-19-Krise hat die Vorauszahlungspraxis bei Fluglinien nun ins Rampenlicht gerückt und Handlungsbedarf klar aufgezeigt.

Frage 5:

- *Wenn ja, welche Schritte bzw. Maßnahmen werden Sie nun im Sinne der Konsumenten setzen?*

Die Europäische Kommission hat die in der Krise entstandenen Konsument:innenprobleme bei Airlines für die laufende Evaluierung des Pauschalreiserechts und der Passagierrechte aufgegriffen, was ich sehr begrüße. Ein Hintanhalten von 100%igen-Anzahlungen im Reisebereich wird von mir hier im Sinn der Konsument:innen grundsätzlich unterstützt.

Frage 6:

- *Wie bewerten Sie die Forderung der AK Steiermark, wonach eine Absicherung für sämtliche Vorauszahlungen, denen keine Vorleistung des Unternehmens gegenübersteht, gesetzlich festgelegt werden soll?*

Primäres Ziel sollte es sein, Vorausleistungen von Verbraucher:innen so gering wie möglich zu halten. Insolvenzabsicherungen federn zwar das mit hohen Anzahlungen verbundene Insolvenzausfallsrisiko ab, beseitigen aber nicht alle Nachteile: So geht mit frühen Zahlungen das Zurückbehaltungsrecht von Konsument:innen ins Leere. Das kann beispielsweise dazu führen, dass bei Streitigkeiten aus dem Vertrag eine Rückzahlung ressourcenintensiv eingeklagt werden muss. Zudem steht der vorausbezahlte Entgeltbetrag Konsument:innen nicht mehr zur freien Disposition zur Verfügung.

Zu bedenken ist auch, dass mit Insolvenzabsicherungen jedenfalls Kosten verbunden sind, die letztlich eingepreist und auf die Kund:innen überwälzt werden.

In gewissen Branchen sind Insolvenzabsicherungen jedoch angezeigt, wie heute bereits die Bauträger-Insolvenzabsicherung sowie die Insolvenzabsicherung nach dem EU-Recht bei Pauschalreisen; in Diskussion ist nun eine Insolvenzabsicherung für Anzahlungen auf Flüge.

Mit freundlichen Grüßen

Johannes Rauch

